

**Süddeutsche Zeitung, 1. Oktober 2022**

## **Die ersten Ideen für die Gaspreisbremse**

**Erstmals stellen die Vorsitzenden der Regierungskommission ihre Pläne vor: Sie wollen die Kosten für Bürger und Firmen deutlich senken und zugleich zum Energiesparen anhalten.**

*Gastbeitrag von Veronika Grimm, Siegfried Russwurm und Michael Vassiliadis*

Die deutsche Volkswirtschaft, Bürgerinnen und Bürger und viele Unternehmen stehen an der Schwelle zu Herbst und Winter vor riesigen Herausforderungen. Putins Krieg in der Ukraine und sein offenkundiger Einsatz russischer Energie als Waffe vor allem gegen Deutschland gerichtet sind der unmittelbare Auslöser der Krise. Aber auch die einseitige Energieabhängigkeit, die Vernachlässigung der Versorgungssicherheit bei ambitionierten Ausstiegsplanungen und gleichzeitig schleppendem Tempo des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Verteilnetze über viele Jahre hinweg haben dazu geführt, dass wir nun in einer bedrohlichen Engpasssituation sind. Die jetzige Zuspitzung führt zu großen Sorgen, verunsichert die Menschen massiv, belastet sie teils dramatisch und gefährdet die Stabilität unserer Volkswirtschaft.

Der Ausfall des Gases aus Russland lässt sich kurzfristig nicht vollumfänglich kompensieren. Auch wenn die Speicher derzeit gefüllt sind – was akut hilft –, ist der kontinuierliche Ersatz mittelfristig nicht ausreichend verfügbar und in jedem Fall extrem teuer – zu teuer für Haushalte bis weit in die Mitte unserer Gesellschaft, zu teuer auch für eine wachsende Zahl von Betrieben, Unternehmen und für öffentliche und soziale Einrichtungen wie Kindergärten, Pflegeheime, Krankenhäuser und viele andere.

Das Land ist so sehr herausgefordert wie seit Jahrzehnten nicht und seine Wettbewerbsfähigkeit gerät unter Druck – mit allen Folgen, die das für seine Exportfähigkeit, Arbeitsplätze, unseren Wohlstand und die finanzielle Tragfähigkeit öffentlicher Haushalte und der Sozialsysteme haben kann. Sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch die Unternehmen haben bereits umfangreiche Anstrengungen unternommen, um sich auf die neue Realität einzustellen, aber was bisher erreicht ist, ist nicht genug.

Das zeigen zum Beispiel die ganz aktuellen Verbrauchsdaten zum Gasverbrauch an den ersten kühleren Tagen in diesem Herbst deutlich. Die Bundesnetzagentur hat dies ausdrücklich in den vergangenen Tagen betont: Die aktuellen Sparerfolge beim Gasverbrauch sind zu gering, um eine Zuspitzung der Versorgungslage in den kommenden Monaten auszuschließen. Es geht also um eine zweifache Herausforderung: Wir müssen die Sparanstrengungen verstärken und die Belastungen auf ein aushaltbares Maß begrenzen.

Die Politik hat deshalb gut daran getan, eine umfassende Finanzierungslösung für eine Gaspreisbremse vorzulegen. Das ist ein starkes und wichtiges Signal der Sicherheit für die Menschen und die Wirtschaft. Das Konzept, das am Donnerstag dieser Woche vorgestellt wurde, sieht ein Finanzvolumen von bis zu 200 Milliarden Euro vor. Das ist einerseits eine enorme Größenordnung, andererseits ein Betrag, der bis ins Frühjahr 2024 tragen soll, also über zwei komplette Heizperioden.

Der „finanzielle Abwehrschirm“ bildet einen praktikablen Orientierungsrahmen, bedarf aber jetzt in vielfacher Hinsicht der Ausgestaltung, für die die Bundesregierung Lösungsvorschläge der von ihr vor Kurzem eingesetzten Experten-Kommission Gas und Wärme erbeten hat. Für unsere weiteren Beratungen hat sie damit eine wichtige Klärung und gute Grundlage geschaffen. Die Mitglieder der Kommission arbeiten bereits mit Hochdruck daran, der Politik im Oktober Lösungsvorschläge zur Abfederung der gewaltigen Kostenlast zu unterbreiten, die aktuell einer

Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, Handwerk und Gewerbetreibenden sowie der Industrie bis hin zu zivilgesellschaftlichen Einrichtungen droht. Es gilt nun, diese Arbeit nochmals zu beschleunigen.

Unser Handeln ist geleitet von dem Grundgedanken, mittels praktikabler und so weit wie möglich gerecht austarierter Instrumente, Menschen, Wirtschaft und Gesellschaft schnellstmöglich zu entlasten, gleichzeitig jedoch Anreize zum Gassparen aufrechtzuerhalten. Die Engpässe und Kosteneffekte, die durch den De-facto-Wegfall russischer Gaslieferungen ausgelöst wurden, dürfen Gesellschaft und Volkswirtschaft nicht überfordern, nicht entmutigen, nicht spalten.

Deshalb ist es richtig und wichtig, dass der Staat hier jetzt schnell und entschlossen gegensteuert. Andernfalls wäre nicht nur die soziale Balance in der Gesellschaft gefährdet, sondern es drohte auch eine schwere, nachhaltige Rezession in unserem Land. Die Kommission ist sich dabei bewusst, dass sich die Gasmangel-Lage nicht nur auf den bevorstehenden, sondern – in nochmals verschärftem Maße – mindestens auch auf den kommenden Winter erstrecken wird. Denn wir müssen zum Beispiel davon ausgehen, dass die jetzt erfreulicherweise bereits gut gefüllten Gasspeicher bis zum Ende der Heizperiode stark in Anspruch genommen werden und es anschließend deutlich herausfordernder als in diesem Jahr sein wird, sie ohne weitere Gaslieferungen aus Russland wieder komplett zu füllen.

Es gilt daher, Lösungen zu finden und staatlich zu finanzieren, die auch mittelfristig Kostensteigerungen abfedern, ein Mindestmaß an Planungssicherheit wiederherstellen und gleichzeitig flexibel anpassbar sind. Es gilt also dort rasch gezielt zu helfen, wo die Härten für Bürger und Bürgerinnen, Unternehmen und Gesellschaft nicht tragbar sind und gleichzeitig im Zuge der Entlastungsmaßnahmen weder die Anreize zum Gassparen aufzuheben, noch den institutionellen Rahmen der Energiewirtschaft nachhaltig zu beschädigen.

Die Kommission bringt mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, Behörden sowie Wirtschafts-, Verbraucher- und Sozialverbänden ein umfassendes Kompetenz- und Erfahrungsspektrum zusammen. Ihre Lösungsvorschläge sollen dazu beitragen, dass unser Land sicher durch diesen Winter und die länger anhaltende Krise kommt. Die Kommission arbeitet unter hohem Zeitdruck. Sie ist unabhängig, steht aber im engen Austausch mit der Politik. Mit dem breiten gesellschaftlichen Spektrum, das sie repräsentiert, den vielfältigen Perspektiven der Kommissionsmitglieder und der Anlage ihres Vorgehens trägt sie dazu bei, dass Ausgestaltung, Umsetzbarkeit und Kommunizierbarkeit ihrer Lösungsansätze und Empfehlungen bestmöglich durchleuchtet und auf ihre Belastbarkeit geprüft werden.

Die Kommission wird, um angemessene Maßnahmen zu erarbeiten, zunächst die konkreten Belastungen faktenbasiert abschätzen - und zwar auf Basis der tatsächlichen Versorgungslage, der Lebenswirklichkeit der privaten Haushalte und der betrieblichen Praxis in Unternehmen, öffentlichen und sozialen Einrichtungen. Sie wird anschließend die bestehenden Vorschläge strukturieren und geeignete Bewertungskriterien definieren. Die Spannweite reicht von der Unterstützung der energieintensiven Industrie bis hin zu jedem einzelnen Verbraucher.

Alle Vorschläge müssen vor dem Hintergrund der nationalen und europäischen Regulatorik evaluiert werden. Bei der zeitlichen Dimension ist der unmittelbare Handlungsdruck in diesem und dem nächsten Winter maßgeblich, zusätzlich sind aber auch mittel- und langfristige Entwicklungen in die Betrachtung einzubeziehen. So gilt es abzuschätzen, ob Maßnahmen bis ins Jahr 2024 durchhaltbar sind und ob sie unter den noch herausfordernden Bedingungen nicht die Transformation hin zur Klimaneutralität ausbremsen.

Parallel zu den Bemühungen in Deutschland befassen sich die EU-Kommission und die europäischen Energieminister – etwa auf der Tagung der Minister am Donnerstag in Brüssel – mit den Verwerfungen an den Energiemärkten und mit möglichen Interventionen, um den Preisanstieg abzuflachen. Den Stand der dortigen Überlegungen müssen wir in unsere Arbeit und unsere Empfehlungen einbeziehen.

Ebenso dürfte der deutsche Handlungsspielraum durch beihilferechtliche Restriktionen eingeschränkt sein. Alle Maßnahmen, die von uns vorgeschlagen und von der Politik zu entscheiden sind, müssen konsistent und mit dem europäischen Rahmen vereinbar sein – das ist entscheidend für Verlässlichkeit und Vertrauensbildung. Die Zusammenhänge sind komplex und erfordern besonderes Augenmerk.

Auf der nationalen Ebene kann der Gasmangel-Lage und den Folgeverwerfungen bei der Energieversorgung und Preisbildung grundsätzlich mit Instrumenten begegnet werden, die die Nachfrage senken und das Angebot ausweiten.

Wenn die Kommission nun Handlungsoptionen bewertet und konkrete Empfehlungen erarbeitet, sind zwei Betrachtungsebenen zu unterscheiden. Zum einen die Zielgenauigkeit. Sind also Maßnahmen geeignet, die Versorgung zu stabilisieren, gleichzeitig die Preisdynamik insbesondere für existenziell belastete Teile der Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft zu dämpfen? Hohe Priorität muss dabei haben, Anreize für maximale Energieeffizienz und das Energiesparen zu erhalten sowie eine individuelle Überforderung von Haushalten, Unternehmen und sozialen Einrichtungen abzuwenden.

Zum anderen gilt es, Handlungsempfehlungen auf ihre technische, rechtliche und zeitliche Machbarkeit zu überprüfen sowie finanzielle und administrative Aspekte zu betrachten. Denn klar ist: Was technisch-physikalisch nicht machbar, was rechtlich angreifbar oder zu komplex und was zeitlich nicht kurzfristig umsetzbar ist oder was das finanziell und administrativ Leistbare übersteigt, ist nicht realistisch und hilft nicht weiter.

Die dramatisch angespannte Lage in der Energieversorgung trifft unser Land unter extrem herausfordernden Umständen: erstens zur witterungsbedingt besonders kritischen Jahreszeit, in der regenerative Energien deutlich eingeschränkter verfügbar sind; zum Zweiten nach einer aufreibenden Durststrecke durch die Pandemie für Bürgerinnen, Bürger, die Wirtschaft, Gesellschaft und die dadurch bereits stark beanspruchten öffentlichen Haushalte. Und zum Dritten in der Anfangsphase des Weges, der hin zum Ziel der Klimaneutralität 2045 eingeschlagen wurde. Die Wegstrecke dorthin wird durch die aktuelle Situation erschwert, das Ziel steht aber außer Frage.

Die Experten-Kommission Gas und Wärme ist sich der Dimension und der besonderen Dringlichkeit ihrer Aufgabe und der Erwartungen bewusst, die auf ihr lasten und in sie gesetzt werden. Alle Mitglieder bringen ihre Expertise dafür ein, vernünftige, gesellschaftlich vermittelbare und – für den kurzfristigen Teil ihres Auftrags – rasch umsetzbare Handlungsoptionen vorzulegen. Klar ist selbstverständlich auch: Die Kommission ist kein Ersatz für politische Entscheidungen. Sie kann nur Vorschläge machen und Empfehlungen geben. Das Heft des Handelns liegt dann im Anschluss bei den politisch Verantwortlichen.